

**Wahlprogramm der Grünen
Hochschulgruppe Heidelberg
zu den Wahlen zum
StudierendenRat und zum
Senat 2015**



Präambel

Wir bei der Grünen Hochschulgruppe Heidelberg (GHG) setzen uns für eine ökologische, nachhaltige und gerechte Universität ein. Wir beschäftigen uns inhaltlich mit „grünen“ Themen auf lokaler, landes- und bundespolitischer Ebene, arbeiten aber strukturell und organisatorisch unabhängig von politischen Parteien. Im StuRa wollen wir uns vor allem für die im Folgenden aufgeführten Themen engagieren.

Impressum

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (V.i.S.d.P):
Constanze Erhard
c/o Grüne Hochschulgruppe Heidelberg
im StuRa-Büro Heidelberg
Albert-Uberle-Straße 3-5
69120 Heidelberg
info@ghg-heidelberg.de

Soziale und Geschlechtergerechtigkeit

Wir als Grüne Hochschulgruppe setzen uns dafür ein, eine sozial gerechte und barrierearme Uni zu schaffen, zu der alle Zugang haben sollen. Unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Zugehörigkeit, sexueller Orientierung/Identität, physischem Zustand oder sozialem Hintergrund muss Teilhabe auf allen Ebenen des Unilebens ohne Einschränkungen möglich sein. Studium, Lehre, Forschung, ehrenamtliches Engagement und sonstige Aktivitätsfelder an unserer Uni müssen diesen Ansprüchen gerecht werden. Uni kann nur erfolgreich sein, wenn Inklusion aktiv gelebt wird und niemand - auch unwillentlich - ausgeschlossen oder abgeschreckt wird. Dazu gehört auch, dass für einzelne besonders aufwändige Ämter innerhalb der Verfassten Studierendenschaft, jedoch nicht für die einfache StuRa-Mitgliedschaft, Aufwandsentschädigungen gezahlt werden können, wie es auch im Landeshochschulgesetz vorgesehen ist. Diese sollen auf keinen Fall die Höhe des BAföG-Höchstsatzes überschreiten, aber einen Ausgleich für die geleistete ehrenamtliche Tätigkeit bieten.



Unser Ziel ist es auch, dass alle öffentlich zugänglichen Textdokumente der Universität (z.B. Prüfungsordnungen, Webseite, etc.) und des Studierendenrates in geschlechtergerechter Sprache abgefasst werden. Wir erkennen die gesellschaftliche Realität an, dass an der Hochschule gezielt Frauenförderung betrieben werden muss, da in der akademischen wie auch in der studentischen Selbstverwaltung ein massives Ungleichgewicht vorliegt. Wir wollen die Vergabe von Professuren achtsam verfolgen und insbesondere die selbstgenannten Ziele des Gleichstellungsbüros der Universität (Quote nach Kaskadenprinzip) auf ihre Umsetzung überprüfen!

Deshalb stellen wir unsere Liste auch nur streng quotiert auf, um den gesellschaftlich-kulturell bedingten Geschlechternormativen entgegenzuwirken.

Neben der Geschlechtergerechtigkeit spielt besonders die soziale Gerechtigkeit für uns eine wichtige Rolle, denn durch soziale Ungleichheiten werden Menschen von der Partizipation an der ehrenamtlichen Tätigkeit ausgeschlossen.

Das bedeutet für uns eine kategorische Ablehnung von allen, auch versteckten Studiengebühren, wie z.B. dem Verwaltungskostenbeitrag. Diese wirken immer sozial selektiv und schränken den Zugang zu weiterführender Bildung ein. Für

uns ist Bildung ein Menschenrecht, das auch gewahrt bleiben soll. Wir treten für die Abschaffung aller Zugangsvoraussetzungen an der Universität ein, da wir eine offene Hochschule gestalten wollen und nicht Menschen vom höchsten Gut der Bildung ausschließen möchten.

Zusätzlich setzen wir uns beim Studierendenwerk dafür ein, dass mehr inklusiver Wohnraum bereitgestellt wird, und zwar für die Menschen, die ihn brauchen. Vor allem aber muss mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Daran wollen wir im Studierendenrat arbeiten. Wir fordern die Stadt dazu auf, mehr auf sozialen Wohnungsbau zu setzen und erwarten vom Studierendenwerk die Akquirierung weiterer Gelder von Landesebene zum Wohnheimbau.

Unter soziale Gerechtigkeit fällt auch ein Begriff für unsere Generation: Die „Generation Praktikum“: Wir fordern, dass alle Praktika angemessen bezahlt werden. Dies gilt insbesondere auch für das Lehramtspraxissemester. Jede*r Praktikant*in hat eine angemessene Entlohnung oder zumindest eine Aufwandsentschädigung verdient.

Dabei darf man trotzdem nicht vergessen, dass Praktika der Aus- und Weiterbildung dienen und auch entsprechend betreut werden müssen. Sie dürfen keineswegs als Billig- oder gar Kostenlos-Arbeitskräfte missbraucht werden. Praktikant*innen ersetzen keine regulären Stellen! Gerade mit der Mindestlohngesetzgebung auf Bundesebene, die Praktikant*innen ausschließt, wird diesem Prozess der Ausnutzung der Arbeitskraft mit Pflichtpraktika in vielen Prüfungsordnungen auch an der Universität wieder Tür und Tor geöffnet. Dabei wird immer vollkommen vergessen, dass sich einige Studierende das Studium noch durch Nebenjobs finanzieren müssen und gar nicht die Zeit haben, ihre Arbeitskraft unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Ökologische Mensa

Obwohl sich das Studierendenwerk redlich bemüht, ökologisches Essen und fair gehandelte Produkte anzubieten, ist hier noch viel zu tun. So wäre es wichtig, zusätzlich zu dem auf dem auf Event getrimmten und lediglich einmal im Semester stattfindenden Veggie-Day dauerhaft gute vegetarische und vegane Gerichte mit Auswahlmöglichkeiten in allen Mensen anzubieten, damit auch die immer größere Gruppe der Vegetarier*innen und Veganer*innen jederzeit Wahlmöglichkeiten haben. Des Weiteren ist es dringend notwendig, dass das Studierendenwerk für Allergiker*innen und Menschen mit Lebensmittelunverträglichkeiten transparent darstellt, was in den angebotenen Speisen enthalten ist, mindestens sollte es ein Angebot auf der Website geben, in der die immer wiederkehrenden Speisen aufgeführt sind. Ideal wäre jedoch eine App für Smartphones, mit der man vor Ort überprüfen kann, ob man das angebotene Gericht verträgt. Außerdem sollte das neue Konzept im eat&meet in der Triplex-Mensa rückgängig gemacht werden. Das vegetarische Angebot ist hier deutlich schlechter geworden, da die wechselnden Tagesgerichte in der Regel Fleisch enthalten und auch der neu eingeführte „Klimateller“ meistens nicht vegetarisch ist. Wer auf Fleisch verzichten will, muss nun regelmäßig auf Valess-Schnitzel und Falafeln zurückgreifen. Weiterhin lehnen wir das neue Konzept ab, weil es teilweise massive Preissteigerungen um mehr als 100% mit sich bringt, obwohl die Qualität des Essens gleich geblieben ist. Das ist sozial ungerecht und widerspricht dem Auftrag des Studierendenwerks.

Ökologische Universität

Eine Universität als Masseneinrichtung und gerade die Universität Heidelberg, die sich den Fortschritt auf die Fahne schreibt, sollte mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, dass in der heutigen Welt die Verantwortung für die Umwelt sowie Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle spielt und auch getragen werden kann. Daher wollen wir der Verwaltung der Universität Druck machen, dass die Universität, die beschlossene Verwendung von recyclingfähigen Materialien ausbaut und im Alltag konsequent umsetzt. Die vom Land vorgegebene Umstellung auf Ökostrom muss jetzt konsequent umgesetzt werden und durch begleitende Maßnahmen wie Energiesparmaßnahmen sollten die finanziellen Belastungen abgefedert werden.

Hochschulfinanzierung – Faire Verteilung der neuen QSM

Nach der Abschaffung der Studiengebühren im Jahr 2011 hat die grün-rote Landesregierung die Qualitätssicherungsmittel (QSM) als Ausgleichsfinanzierung den Universitäten bereitgestellt (ca. 280€ pro Studierender*in). An der Verteilung der Gelder waren die Studierenden mit Vetorecht auf universitärer und auf fachlicher Ebene beteiligt. Nun hat die Landesregierung beschlossen, diese Gelder in die Grundfinanzierung der Universität überzuführen. Damit fällt nicht nur die studentische Mitbestimmung weg, sondern auch die Lehrbindung von 80% der Mittel ist nicht mehr gewährleistet. Zwar ist durch dieses Vorgehen eine konstante Finanzierung der Universität(en) zu erreichen, jedoch haben Studierende über die Verteilung von Grundmitteln keinerlei Mitspracherechte mehr. Nur noch über gut 11% der Mittel können die Studierenden entscheiden. Hier muss nun ein fairer Verteilungsschlüssel gefunden werden, um die Angebote für Studierende möglichst nicht zu verschlechtern und Institutsschließungen zu verhindern.



Selbstbestimmtes Studium

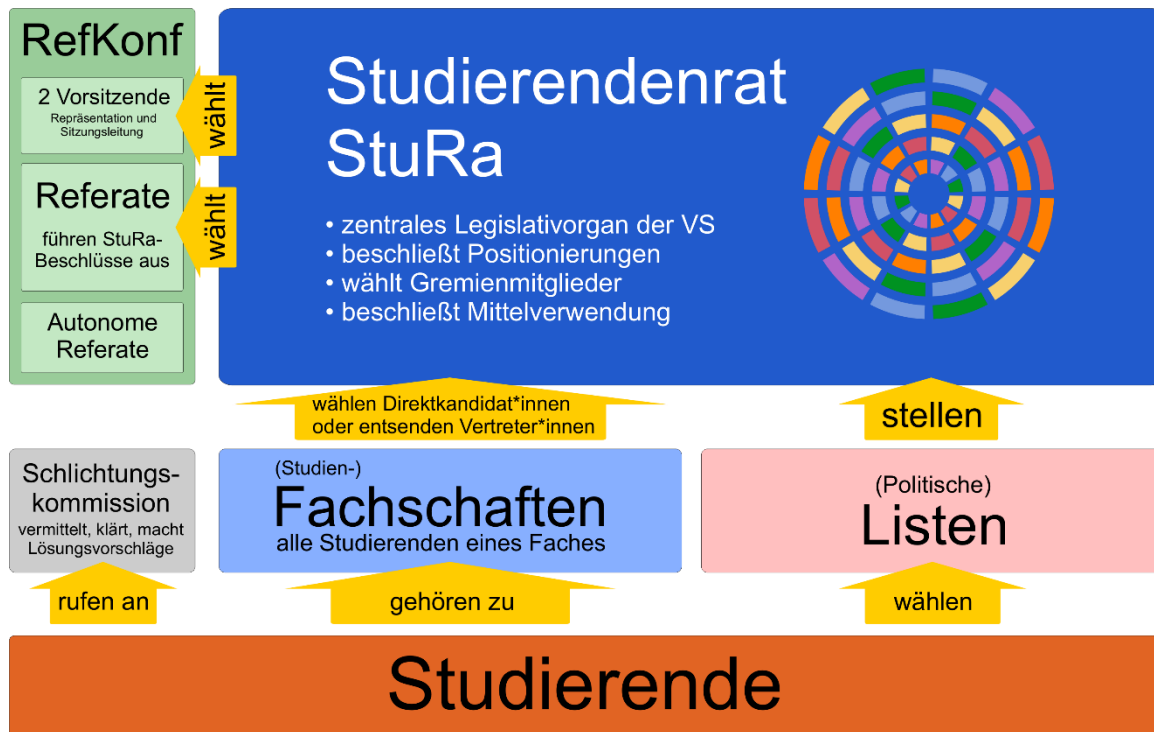
An einer Universität soll man nicht nur neues Fachwissen erlernen, sondern auch lernen, eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu arbeiten. Gerade das Studium als höchster Bildungsabschluss soll zur Entwicklung der Persönlichkeit beitragen. Dies geschieht durch vielfältiges soziales, ehrenamtliches sowie fachlich-akademisches Engagement und Interesse im und neben dem Studium. Allzu viele Prüfungsordnungen von Studiengängen stellen sich jedoch nach der Bolognaform als starre Pflichtvorgaben dar, in denen spezielle Vertiefungsinteressen von Studierenden keinen Platz finden und für Nebentätigkeiten während des Studiums keine Zeit mehr bleibt. Veranstaltungen mit nicht notwendiger Anwesenheitspflicht, verpflichtende Übungsblätter (Hausaufgaben) und wenig Wahlfreiheit in der Auswahl der Lehrveranstaltungen eines Moduls lehnen wir daher ab.

Im selben Sinne wollen wir uns dafür einsetzen, die Höchststudiendauer und Zwangsexmatrikulation nach Überschreitung der Regelstudiendauer abzuschaffen. Diese Regelungen sind repressiv und passen nicht in unser Bildungsverständnis eines lebenslangen Lernprozesses.

Gerade wenn keine Anwesenheitspflichten mehr bestehen, wird sich das Selbststudium wieder stärker durchsetzen. Deshalb brauchen Studierende 24-Stunden-offene Arbeits- und Lernräume: Wir begrüßen die verlängerten Öffnungszeiten der Unibibliothek, doch geht uns dies nicht weit genug. Lernräume und Pools, die an Wochenenden geschlossen sind, entziehen der Studierendenschaft die Grundlage für ein erfolgreiches Studium. Deswegen wollen wir im StuRa einer Politik nachgehen, die den Weg zu durchgehend offenen Lern- und Arbeitsräumen ebnet.

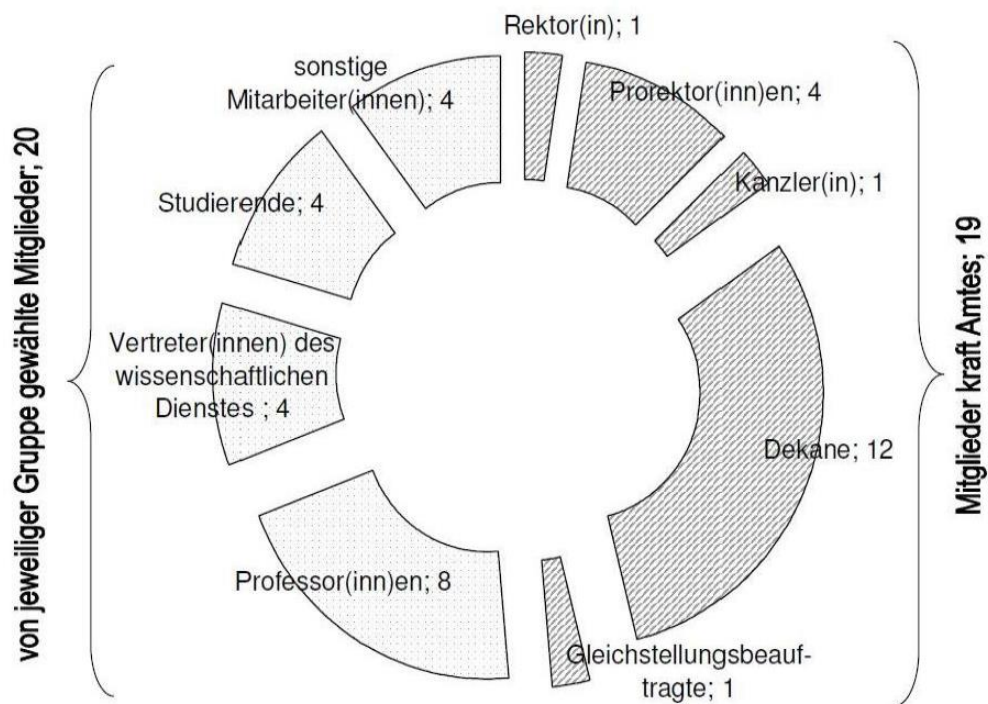
Was wird eigentlich gewählt?

StuRa:



Senat:

Sitzverteilung im Senat der Universität Heidelberg



**Lust zu einem dieser Themen mehr zu erfahren oder
dich in einem dieser Bereiche zu engagieren?**

**Wir treffen uns jeden Mittwoch, um bei diesen Themen
konkret was voranzubringen, die Uni gerechter,
nachhaltiger und ökologischer zu machen und am Ende
natürlich die Welt zu retten.
Zum Mitmachen einfach mittwochs um 20 Uhr im StuRa-
Büro in der Albert-Ueberle-Straße 3-5 vorbeikommen und
loslegen.
Bei Fragen einfach eine Mail an: info@ghg-heidelberg.de**

Lehramtsnovelle

Die Reform des Lehramtsstudiums ist in vollem Gange! Doch es harkt, quietscht und knarzt an allen Ecken und Enden. Der StuRa hat hier bereits ein landesweit aufgegriffenes Positionspapier verabschiedet und verfügt mit dem Arbeitskreis Lehramt und dem Referat für Lehre und Lernen über hervorragende Strukturen, um diesen Prozess zu begleiten und zu gestalten. Der StuRa muss daher darauf hinwirken, dass die Studierenden auch konsequent auf Universitäts- und Landesebene vertreten sind und gehört werden. Es kann nicht sein, dass sich die studentischen Mitglieder der Lehramtssteuerungsgruppe an der Uni gezwungen sehen, zurückzutreten, weil sie vom Entscheidungsprozess abgekoppelt und vom Informationsfluss ausgeschlossen werden. Der vorgegebene Zeitdruck durch die geplante Einführung bereits zum Wintersemester 2015/16 macht eine tiefgründige Evaluation der letzten Reform (2009) unmöglich. Umso wichtiger ist die Beteiligung derer, die die Schwächen dieser Reform aus eigenem Erleben kennen. Wissenschaftsministerium und Universitätsleitung sollten sich hierfür Zeit nehmen. Transparenz bezüglich aller Unterlagen zur anstehenden Reform für alle Mitglieder aller zuständigen Gremien ist eine unabdingbare Voraussetzung hierfür, damit Themen wie das dritte Fach, der Zeitpunkt des SPS oder der Anteil von Fachdidaktik, Bildungswissenschaft und Fachwissenschaft diskutiert und nicht nur dekretiert werden.

Ziel muss am Ende ein gut studierbares Studium mit dem Abschlussziel Lehramt sein, das auch für Wechsler*innen aus Baden-Württemberg und anderen Bundesländern offen ist.

Drogenlegalisierung

Noch nie waren in Deutschland so viele Drogen verboten wie zurzeit. Gleichzeitig ist in Deutschland die Drogenkonsumrate höher denn je. Drogen sind überall, auf dem Schulhof, in der Uni, bei der Arbeit und im Altersheim. Ob die Droge dabei verboten oder legal ist, macht, bezogen auf die Frage, wie stark eine Substanz konsumiert wird, keinen Unterschied.

Nachdem Cannabis 2014 in den US-amerikanischen Bundesstaaten Colorado und Washington per Volksabstimmung legalisiert wurde und immer mehr Bundesstaaten nachziehen, ist auch hierzulande eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit des Verbotes entflammt. Und da auch in Studierendenkreisen zum Teil munter gekifft wird, ist eine wissenschaftsbasierte Auseinandersetzung mit dem Thema durchaus angebracht.

Heutzutage ist die Einstufung von Cannabis als gefährliche Droge aus wissenschaftlicher und medizinischer Sicht nicht haltbar. Es gibt mittlerweile Expertengruppen, etwa den Schildower Kreis, welche sich klar für eine Legalisierung aussprechen. Vor einigen Jahren veröffentlichten internationale Wissenschaftler eine Studie, in der sie Drogen nach ihren gesundheitlichen und sozialen Folgen beurteilten. Hier wurden Alkohol und sogar Tabak als wesentlich gefährlicher als Cannabis eingestuft. Die Zahlen aus dem Drogen- und Suchtbericht 2012, herausgegeben von der Drogenbeauftragten Mechthild Dyckmans, spiegeln diese Einschätzung wider. Jährlich sterben etwa 110.000 Deutsche an den direkten Folgen ihres Tabakkonsums, Alkohol fordert 73.000 Tote. Menschen, die aufgrund des Konsums reiner Cannabisprodukte starben, hat es hingegen bis heute nicht gegeben.

In der Tat besteht das größte gesundheitliche Risiko eines Kiffers darin, eventuell streckmittelverseuchtes Cannabis zu konsumieren. Teilweise mit dramatischen Folgen, wie die Todesfälle aufgrund von bleiverseuchtem Marihuana 2007 in Leipzig zeigten. Doch der Grund hierfür ist der Handel auf dem Schwarzmarkt, wo es weder Kontrollbehörden noch Jugendschutz gibt und wo gewissenlose Dealer beim Panschen freie Hand haben.

Besonders dramatisch wirkt sich der Schwarzmarkt auf die produzierenden Länder aus. Diese sind meist arm, politisch instabil und bieten Raum für mafiöse Strukturen, welche sich bei einer weltweiten Legalisierung nicht so etablieren

könnten. Unlängst forderte der ehemalige Präsident von Mexiko die Legalisierung, um den kriminellen Drogenkartellen in seinem Land die finanzielle Grundlage zu entziehen.

Dass jemand, der Cannabis konsumiert, früher oder später automatisch auch zu härteren Drogen greifen wird, entspricht nicht der Realität. Da sich der Konsument jedoch aufgrund der Illegalität auf dem Schwarzmarkt versorgen muss, erhält er oft leichter Zugang zu härteren Drogen. Grundsätzlich haben die meisten Leute, bevor sie ihren ersten Joint rauchen, bereits Tabak oder Alkohol konsumiert, sodass die Behauptung, Cannabis sei eine Einstiegsdroge, so nicht haltbar ist.

Doch Hanf kann nicht nur als Medizin und Genussmittel Verwendung finden. Die Produktliste umfasst Futtermittel, hochwertiges Speiseöl, Textilien, Kosmetikprodukte bis hin zu Papier und Baumaterial für Häuser. Daher wird es Zeit, Cannabis nicht mehr länger als gefährliche Droge zu betrachten, sondern das schier unglaubliche Potential dieser vielfältigen Nutzpflanze zu entdecken und sie zu dem zu machen, was sie schon längst sein könnte. Ein Segen für die Menschheit.

Deswegen fordert die GHG:

- Legalisierung von Cannabis
- Behandlung von Suchtkranken statt Bestrafung
- Ende des sinnlosen „War on Drugs“
- Mehr Drogenaufklärung



Nicht die Totalabstinenz, sondern die Hilfe und das Schicksal jedes einzelnen Menschen muss im Vordergrund stehen. Egal, ob der Mensch mit oder ohne Drogen glücklich werden will.

Frankfurt am Main macht vor, dass man hier auch auf lokaler Ebene aktiv werden kann.

Daher wird sich die GHG Heidelberg im StuRa dafür einsetzen, eine ähnliche Initiative wie in Frankfurt am Main zu starten.

Stell die Welt auf den Kopf!



Komm zur GHG!

Diskussionen!

Fachgespräche

Fahrradtouren!

Themenabende

Treffen mit Abgeordneten

Bildungsfahrten nach Berlin und Stuttgart

Weihnachtsfeier

Besichtigungen

Waldführung

Brezeln backen

Studentische Mobilität

Mit einer überwältigenden Mehrheit von 91% haben die Studierenden der Universität Heidelberg bei der Urabstimmung im Mai für die Annahme des Vertragsangebots des VRN zur Verlängerung gestimmt. Gleichzeitig erklärte bei einer Befragung der Studierenden im Dezember 2013 eine große Mehrheit, dass sie das Ticket für überteuert hielt. Wir von der GHG interpretieren die Ergebnisse dahingehend, dass die Studierenden auf dieses Ticket angewiesen sind und trotz der hohen Preise in den sauren Apfel beißen und dieses Ticket kaufen. Die Preisentwicklungen der letzten Jahre sind erschreckend und müssen dringend gestoppt werden. Da die nächsten Verhandlungen erst in 4 Jahren anstehen, sollte die Zeit genutzt werden, um zum einen aktiv auszuloten, was in der Semesterticketfrage auf Landesebene möglich ist, um hier eine faire variable Lösung für alle Studierenden in Baden-Württemberg zu finden, und zum anderen um sich Strategien und Projekte zu überlegen, um bei den nächsten Verhandlungen optimal vorbereitet zu sein.

In Heidelberg liegt verkehrstechnisch vieles im Argen, gerade für Fahrradfahrer*innen läuft es nicht optimal. Teils aufwendige Verkehrsführung, die von Fahrradfahrern*innen große Umwege erfordert, wenn sie nicht gegen die StVO verstoßen wollen. Es gibt zu viele und zu ungünstig geschaltete Ampeln, die einen flüssigen Radverkehr unmöglich machen, da helfen auch Aktionen wie Plus5 von Polizei, Stadt, Klinikum und Universität nicht viel. Wir fordern daher, dass die Vertretung der Studierenden der Universität Heidelberg von Anfang an in solche Prozesse einbezogen wird, da die Studierenden einen großen Teil der Bevölkerung der Stadt stellen und überdurchschnittlich viel mit dem Fahrrad unterwegs sind.



Auch der öffentliche Nahverkehr in Heidelberg bietet großes Konfliktpotential, wie man an der geplanten Straßenbahnstrecke ins Neuenheimer Feld beobachten kann. Dieser Fall zeigt, dass die Stadt Verkehrsplanungen nicht ohne Anrainer und Betroffene planen kann, stattdessen wundert sie sich dann noch über Widerstand. Die Grüne Hochschulgruppe fordert hier ein Eintreten für die Interessen der Studierenden, gerade jener, die entsprechende Einrichtungen im Feld brauchen und benutzen, wie Wohnheime, den Botanischen Garten und die betroffenen Institute.

Zivilklausel - friedliche Forschung

Jede Universität übernimmt Verantwortung für die Gesellschaft, das lässt sich allein daraus ablesen, dass sie sich ein Motto gibt und einem bestimmten Leitideal folgen möchte. Zu einer verantwortungsvollen Universität gehört es unserer Ansicht nach auch, keine Forschung zu betreiben, die Menschenleben gefährdet. Das bedeutet, dass militärische Forschung an öffentlichen, ergo staatlichen Universitäten und Einrichtungen keinen Platz haben darf. Sie sollen idealerweise dem Gemeinwohl dienen und nicht der Frage, wie am besten auf militärische Bedürfnisse reagiert werden kann. Solche Zielsetzungen sind unserer Ansicht nach wirtschaftlich motiviert, da Deutschland angeblich auf Rüstungsexporte nicht verzichten kann. Da auf Landesebene eine verpflichtende gesetzliche Regelung abgelehnt wurde (entgegen vorhergehender Versprechen), sehen wir es als notwendig an, auf der Ebene der Universität darauf hinzuwirken, dass diese eine Selbstverpflichtung zu ausschließlich ziviler Forschung in ihr Grundsatzprogramm aufnimmt.

Auch das Thema Tierversuche an der Universität beschäftigt uns, hier wollen wir darauf hinarbeiten, dass Tierversuche weitestgehend eingeschränkt werden mit dem Ziel der kompletten Abschaffung - der wissenschaftliche Fortschritt legitimiert keinesfalls den respektlosen und grausamen Umgang mit Lebewesen!

Studentische Mitbestimmung stärken - Viertelparität im Senat

Studierende haben im wichtigsten Gremium der universitären Selbstverwaltung, dem Senat, eine erschreckend niedrige Mitbestimmungsmöglichkeit. Bei lediglich vier studentischen Mitgliedern ist keine angemessene (d.h. dem tatsächlichen Proporz von Studierenden an der Universität) Vertretung gewährleistet. Unsere Forderung einer viertelparitätischen Besetzung des Senats (ein Viertel Professor*innen, ein Viertel wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, ein Viertel administrativ-technische Mitarbeiter*innen und ein Viertel Studierende) behält daher ein großes Gewicht, damit die Interessen der Studierenden im Senat stärker durchkommen können!

Sonstiges

Wir wollen es allen Studierenden ermöglichen, an uns heranzutreten und über uns mit der Verfassten Studierendenschaft in Kontakt zu kommen. Deshalb arbeiten wir basisdemokratisch und wollen in freien und für alle offenen Treffen während des Semesters mit euch die Tagesordnung und die Anträge für die jeweils anstehenden StuRa-Sitzungen diskutieren. Wir versprechen, einen aufgeschlossenen Raum für die (hoch)schulpolitische Auseinandersetzung zu bieten, in welchem kein Platz für Rassismus, Antisemitismus, Islamismus, Ziganismus, Sexismus und Diskriminierung aller Art ist.



**Der Listenvorschlag der Grünen Hochschulgruppe Heidelberg
für die Wahl zum Studierendenrat**

LISTE 5: GHG – Grüne Hochschulgruppe

1 Max Ahlheim

Juristische Fakultät

3 Sebastian Rohleder

Philosophische Fakultät

5 Dominik Schwarz

Fakultät für Biowissenschaften

7 Jochen Gerber

Juristische Fakultät

9 Christian Mittelstaedt

WiSo Fakultät

11 Moritz Nöltner

Fakultät für Mathematik und Informatik

13 Matthias Weber

WiSo Fakultät

15 Oliver Priem

Philosophische Fakultät

17 Kai Ströhlein

Juristische Fakultät

19 Henrik Ruh

Fakultät f. Physik und Astronomie

21 Alexander Hesse

Fakultät f. Physik und Astronomie

23 Nils Arnold

WiSO-Fakultät

2 Véronique Millim

WiSo Fakultät

4 Anja Popp

Juristische Fakultät

6 Constanze Erhard

Neuphilologische Fakultät

8 Ann-Kathrin Fahl

Fakultät für Biowissenschaften

10 Lisa Ringena

Fakultät für Physik und Astronomie

12 Paula Zschoche

Juristische Fakultät

14 Xenia Rak

WiSo Fakultät

16 Chiara Goetzke

Juristische Fakultät

18 Johanna Gratzel

VerKult Fakultät

20 Maren Volk

Philosophische Fakultät

22 Lene Greve

Philosophische Fakultät

24 Julia Kisela

Fakultät für Physik und Astronomie

Populismus im Wahlkampf

Wie in jedem Wahlkampf durften wir auch diesmal feststellen, dass schon im Infoheft zu den Wahlen wieder die populistischen Forderungen der letzten Jahre neu aufgewärmt werden, aber auch neue hinzugekommen sind. Wir finden auch im Wahlkampf, sollte man sachlich richtig argumentieren und keine Tatsachen verdrehen oder Forderungen stellen die nicht umsetzbar sind wir analysieren hier mal einige der Forderungen der anderen Listen und stellen einige Sachverhalte richtig.

Studentisches Geld darf nur für studentische Projekte ausgegeben werden.

Dies ist keine so einfache Forderung, wie sie auf den ersten Blick vielleicht erscheinen mag. Es gibt Projekte, die werden von Studierenden organisiert richten sich aber an ein breiteres Publikum. So zum Beispiel die vielen Vorträge, die der StuRa unterstützt. Oder auch die Stammzelltypisierungskampagne, die der AK Uni hilft organisiert hat und die vom StuRa mit 2000 Euro mitfinanziert wurde. Von einer größeren Stammzellspenderdatenbank profitieren eindeutig nicht nur Studierende, allerdings sollte dies kein Grund sein, Lebensrettende Maßnahmen nicht zu unterstützen.

Der StuRa hat kein allgemeinpolitisches Mandat und sollte sich auf seine eigentlichen Aufgaben beschränken.

Landeshochschulgesetz (LHG) § 65 (2) und (3) geben der Verfassten Studierendenschaft ein sehr weit gefasstes Mandat, das sogar Vertreter der CDU-Landtagsfraktion als allgemeinpolitisch interpretieren.

Der StuRa muss transparenter arbeiten!

Der StuRa stellt seine Protokolle zeitnah online, auch Beschlüsse, Wirtschaftsplan und Jahresabschluss lassen sich finden. Auch die Protokolle der Referatekonferenz, deren Beschlüsse und die Beschlüsse der Referate werden online veröffentlicht. Wenn man mal was nicht finden kann, kann man nachfragen. Es werden keine Informationen vorenthalten. Für eine bessere Übersicht oder eine einfachere Darstellung bräuhete es aber mehr Leute die sich engagieren und das alles aufbereiten. Wie soll man denn noch Transparenter werden? Live-Streams aus dem Hörsaal bedürfen leider der Zustimmung aller Anwesenden und bisher hatte immer jemand was dagegen.

Keine Aufwandsentschädigungen – Ehrenamt bleibt Ehrenamt!

Im Rahmen der Verfassten Studierendenschaft werden für folgende Ämter Aufwandsentschädigungen gezahlt: Das Protokoll im StuRa, den Wahlausschuss und für die Wahlhelfer bei zentralen Wahlen und Urabstimmungen. Es herrscht also mitnichten eine Selbstbedienungsmentalität, wie es manchmal vorwurfsvoll mitschwingt. Auch außerhalb der Verfassten Studierendenschaft ist es üblich für bestimmte Ehrenämter Aufwandsentschädigungen zu zahlen, wie zum Beispiel bei Jugendtrainer*innen und Schiedsrichter*innen im Amateursport.

StuRa ohne Ideologie.

Also einen pragmatischen StuRa. Im StuRa sitzen hauptsächlich Vertreter aus fachschaften, die sicher nicht wegen ihrer ideologischen Ausrichtung entsendet oder gewählt werden. Zum großen Teil ist die Atmosphäre im StuRa und in der Referatekonferenz äußerst kooperativ und Sachargumenten wird Vorrang gegeben. So wurden ideologische Beschlüsse weder in die eine, noch in die andere politische Richtung gefasst. Statt also Ideologiefreiheit zu fordern sollte man seine Kompetenz in die Prozesse einbringen und Verbesserungen für alle Studis erreichen.

Das Geld der Studierenden versickert im StuRa in der eigenen Verwaltung.

In der Tat hat der StuRa einen Teil seines Etats für Personalkosten vorgesehen, allerdings werden hier Strukturen geschaffen, auf die alle Studierenden zugreifen können. So werden von diesem Geld unter anderem zwei halbe Sekretariatsstellen finanziert, die für die Steigerung der Effizienz der aktiven Ehrenamtlichen sorgen und eine Kontinuität in den Strukturen schaffen. Die Stelle der Beauftragten für den Haushalt schreibt das Landeshochschulgesetz vor, in Heidelberg wurde entschieden, eine halbe Stelle zu schaffen, um einen rechtlich einwandfreien Haushalt zu garantieren und eine Anlaufstelle für die Fachschaften mit ihren Haushalten zu haben. Zusätzlich werden noch 5 geringfügig Beschäftigte, mit unterschiedlicher Stundenzahl eingestellt, die sich um einzelne konkrete Bereiche kümmern und damit allen Studierenden eine Struktur bieten, die sie nutzen können. So werden unter anderem Dinge angeschafft und katalogisiert, die dann von allen Fachschaften und Initiativen benutzt und auch ausgeliehen werden können. Die Bürokosten im StuRa kommen auch wieder direkt den Studierenden zugute, hier werden zum Beispiel Wahlzettel, Infomaterial und Benachrichtigungen und noch vieles mehr erstellt.

**Der Listenvorschlag der Grünen Hochschulgruppe Heidelberg
für die Wahl zum Senat**

LISTE 5: GHG – Grüne Hochschulgruppe

1 Moritz Nöltner

*Fakultät für Mathematik und
Informatik*

2 Anja Popp

Juristische Fakultät

3 Dominik Schwarz

Fakultät für Biowissenschaften

4 Constanze Ehrhard

Neuphilologische Fakultät

5 Christian Mittelstaedt

WiSo-Fakultät

6 Véronique Millim

WiSo-Fakultät

7 Max Ahlheim

Juristische Fakultät

8 Ann-Katrin Fahl

Fakultät für Biowissenschaften

9 Sebastian Rohleder

Philosophische Fakultät

10 Johanna Gratzel

VerKult Fakultät

11 Jochen Gerber

Juristische Fakultät

12 Lisa Ringena

*Fakultät für Physik und
Astronomie*